

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/15

Bonn, den 20. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Das Haus in Ordnung bringen!</u>	35

Nach der Regierungserklärung zum Bundeshaushalt

2 - 3	<u>Mit Konzilgeist unvereinbar</u>	67
-------	------------------------------------	----

Zum "Fall Münster"

Von Dr. Heinz Kornetzi

4	<u>Gehen Delgados Mörder straflos aus ?</u>	44
---	---	----

Spannungen zwischen Madrid und Portugal wieder verschärft

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid.

5	<u>Ein Kalender...</u>	38
---	------------------------	----

Kunst bei der Arbeiterwohlfahrt

Gespräch mit der Malerin Gertrud Bentke

+ + +

Das Haus in Ordnung bringen!

Nach der Regierungserklärung zum Bundeshaushalt

sp - Die Bundesregierung erwartet von Parlament und vom Bundesbürger Vertrauen und Mut. Diese Bitte des Bundeskanzlers, ausgesprochen im Namen des gesamten Kabinetts, wird gewiß nicht ohne zustimmenden Widerhall in unserer Volke bleiben. Die Regierung selbst zeigt Mut und Entschlossenheit, mit einem schweren Erbe fertig zu werden, das ihre Vorgängerin hinterlassen hat und das zu beseitigen von allen Opfern erfordert. Es sollen sinnvolle Opfer sein, Opfer, die den Weg für eine gesicherte Zukunft abnen und den Menschen in unserem Staate die Sorge um ihre Existenz nehmen.

Die Bundesfinanzen und der Bundeshaushalt waren in Unordnung geraten. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nahm in einem atemberaubenden Tempo zu. Noch für längere Zeit haben wir mit einer Arbeitslosenzahl von 600 000 zu rechnen. In vielen Bereichen steht die Investitionsbereitschaft der Unternehmen auf dem Nullpunkt. Die Steuereinnahmen sind in einem Ausmaß gesunken, das niemand voraussehen konnte. Das Defizit im Bundeshaushalt beträgt 3,6 Milliarden DM. Um diese Lücke zu füllen, bedurfte es der Einsicht aller Kabinettsmitglieder und der Zurückstellung aller Sonderwünsche und Gruppeninteressen.

Die Entscheidung ist niemandem leicht gefallen. In vielstündigen Beratungen wurden die Ausgaben auf das gerade noch notwendige beschränkt. Mit Erleichterung nimmt aber die Öffentlichkeit zur Kenntnis, daß die vorgesehenen Kürzungen der Kriegsofferbezüge und die der Zuschüsse zur Rentenversicherung nicht erfolgt sind. Mit diesem Entschluß ist ein wesentlicher Unruheherd beseitigt, ist breiten Bevölkerungsschichten die Furcht vor unsozialen Maßnahmen genommen.

Die Regierung hat sich vorgenommen, Stabilität und Wachstum zuzusichern. Der Sicherung des Geldwertes dienen die in vielen Bereichen vorgesehenen Kürzungen der Staatsausgaben, den Wachstum der Eventualhaushalt von 2,5 Milliarden DM und die Sonderabschreibungen für bewegliche und unbewegliche Güter. Beides zusammen ist unerlässlich für die Wiederbelebung einer stagnierenden Wirtschaft.

Die Große Koalition hat ihre erste Bewährungsprobe bestanden, sie geht mit Entschlossenheit und unbeirrbar daran, das Regierungsprogramm zu verwirklichen. Sie konzentriert ihre Energien auf die Wiederherstellung der Ordnung in unserem Haus. Dieser überragenden Gebot hat sich alles andere unterzuordnen. Ein verheißungsvoller Anfang wurde getan, Vertrauen kann wieder gedeihen.

Mit Konzilgeist unvereinbar

Zum "Fall Münster"

Von Dr. Heinz Kornetski

In der Bundesrepublik gibt es noch immer katholische CDU-Kreise, die zwar mit Muselmännern, Atheisten und Kommunisten in einem - wie es so schön heißt - nachkonziliaren Dialog treten, nicht aber mit Sozialdemokraten. Die haben sie auf ihren privaten Index gesetzt. Das beweist neuerdings ein Vorfall in Münster: ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter (Peter Nellen) ist sozusagen nicht würdig, an einer politischen Diskussion in einer katholischen Akademie teilzunehmen. Fünf Minuten vor Beginn dieser Diskussion mit Politikern wurde Nellen von einem bischöflichen Angestellten als persona ingrata für den Dialog disqualifiziert. Sein Makel: vor sechs Jahren trat er von der CDU zur SPD über. Erschwerend: Nellen ist katholisch.

"Sie passen nicht in die Landschaft dieses Hauses", hieß es. Nun ist dieses Haus nicht etwa ein Haus der CDU - oder will es zumindest nicht sein - sondern ein Haus der Bildung, das der Bischof gebaut hat, der Bischof von Münster. Aber der bischöfliche Angestellte hat der Öffentlichkeit exakt quittiert, daß sich derjenige irrt, der meint, eine solche Bildungsstätte sei ein Haus ohne parteipolitische Maßstäbe.

Es wäre zu einfach, diesen Vorfall als eine Panne abzutun, als Pubertät vielleicht oder als Ergebnis mangelhafter Übung in demokratischen Umgangsformen. Bei der Katholisch-Sozialen Akademie in Münster handelt es sich schließlich um ein Unternehmen der Kirche. Und diese Kirche hat sich eben erst zu einem v o r u r t e i l s l o s e n Dialog bekannt und jedermann wissen lassen, daß es auch unter Katholiken berechnete politische Meinungsverschiedenheiten geben kann. Es ist also unmöglich, daß hier die Kirche selbst Mienen auslegt.

Die passionierten Mienenleger entstammen vielmehr aus jenen katholischen Unionskreisen, die sich in eine Art Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie verbohrt haben. Dieser CDU-katholische Ku-Klux-Klan ist drauf und dran, das nachkonziliare Verhältnis zwischen Kirche

und SPD immer wieder zu stören. Er hat kein Interesse an der vielbesprochenen Brücke, die Kirche und SPD verbinden soll. Er schließt zuer, wo immer sich eine Möglichkeit dazu auftut. Und da dieser Klan vielfach in kirchlichen Schlüsselpositionen Dienst tut, sind die Möglichkeiten üppig.

Der Skandal um die katholische Akademie in Münster ist typisch für die Störmanöver dieser Gruppe, die sogar innerhalb der Union immer mehr Anhänger verliert. Aber sie will scheinbar bis "fünf Minuten nach zwölf" wirken. Sie vermengt bedenkenlos Weltanschauung mit Parteipolitik und "verübelt" der Kirche den Weg in die Distanz von der Tagespolitik.

Vor drei Jahren war die Katholische Akademie in München ebenso im Gespräch. Damals waren die Umstände anders, der Geist derselbe. Der CSU-Katholizismus empörte sich lauthals, als Herbert Wehner die Schwelle des katholischen Hauses übertreten hatte. Monsignore Karl Forster, der Leiter der Bildungsstätte, hatte den SPD-Politiker eingeladen, um zu referieren. Forster geriet daraufhin in die Schußlinie. Die Skala der "Beschuldigungen" reichte von "klerikalen Manager im SPD-Schatten" bis zum Nazi, der Juden ins KZ gebracht haben soll. Es gelang zwar nicht, den Akademieleiter als Kaplan in den bayerischen Wald abzuschleppen, aber die "Säuberung" des Münchner Büros der Katholischen Nachrichten-Agentur, die die CSU durchsetzte, hinterließ den Eindruck eigenartiger Beziehungen zwischen Kirche und Partei. Die KNA hatte damals Forster gegen die CSU-Attacken in Schutz genommen.

Die Kirche hat sich seit den Münchner Vorfällen zunehmend von parteipolitischer Einseitigkeit gelöst. Der Wahl-Hirtenbrief der nordrhein-westfälischen Bischöfe vom Juli 1966 war ein deutliches Zeichen. Die Reaktion CDU-katholischer Gruppen ebenso, die sich auf die gewandelte Situation einfach nicht einstellen wollen, weil sie anscheinend ohne Rückendeckung der Kirche um ihre Wähler fürchten.

Der "Fall Münster" ist k e i n e Demonstration der katholischen Kirche gegen die SPD. Und die SPD läßt sich nicht gegen die Kirche provozieren. Die Brücke, von der Kardinal Döpfner sprach, wird trotz solcher Störungen nicht einstürzen.

Gehen Delgados Mörder straflos aus ?

Spannungen zwischen Madrid und Portugal wieder verschärft

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Gehen die Mörder des portugiesischen Oppositionsführers Humberto Delgado straflos aus? Diese Frage, in Madrid wie in Lissabon gestellt, scheint nicht unberechtigt. Nach 19 Monaten langwieriger Untersuchungen schloß Richter José M. Crespo vom Bezirksgericht die Akten über diesen politischen Mord, der zwischen dem 3. Februar 1965 und dem 24 April jenes Jahres drei Kilometer von der portugiesischen Grenze entfernt nahe beim spanischen Dorf Villanueva del Fresno begangen worden war.

Crespo sandte eine Durchschrift seines Ermittlungsberichtes an die portugiesischen Justizbehörden und forderte diese auf, in Portugal befindliche Tatverdächtige festzunehmen und abzuurteilen. Damit ist der Leiter der Geheimpolizei-Außenstelle Évora, J.M. Goncalves, gemeint, gegen den Crespo Haftbefehl erlassen hatte. Doch bisher reagierten die portugiesischen Behörden nicht auf diese Aufforderung, einen wichtigen Agenten der gefürchteten Geheimpolizei der Gerechtigkeit auszuliefern. Weitere Verdächtige sind drei undurchsichtige Portugiesen, ein unbekannter Dritter, der mit dem gestohlenen pakistanischen Pass eines jungen Mannes namens Washdeo K. Kilpuri auftrat, sowie in Italien lebende portugiesische Exilpolitiker, die allerdings ein hieb und stichfestes Alibi haben. Ein wegen Verdachts der Mittäterschaft in Madrid festgehaltener Marokkaner, Hassan Guy Isaac, mußte inzwischen freigelassen werden, weil ihm nichts nachzuweisen ist.

Richter Crespo hatte die Untersuchung sehr gründlich, unparteiisch und ohne jedes Ansehen der Person geführt. Der Verdacht, portugiesische Kommunisten könnten die Täter gewesen sein, hat sich im Verlauf seiner Nachforschungen nicht aufrechterhalten lassen. Es liegt nun an der portugiesischen Justiz, über den Schatten zu springen und die Methoden der Geheimpolizei FIDE zu durchleuchten, da der dringende Verdacht gegeben ist, daß diese unvermittelbar oder mittelbar spanisches Hoheitsrecht verletzte und den Mord ausführten oder ausführen ließ.

Noch am 13. Februar 1965 war Delgado, der 1958 wenigstens ein Viertel der Stimmen bei den portugiesischen Präsidentschaftswahlen auf sich vereinigen konnte, in Begleitung seiner brasilianischen Sekretärin Victoria A.C. Campos vor dem Hauptpostgebäude in Badajoz gesehen worden. Wenige Wochen später wurden ihre verwesenen Leichen von einem Hund entdeckt.

Die Delgado-Affäre birgt noch immer politischen Sprengstoff und ist dazu angetan, die spanisch-portugiesischen Beziehungen zu verschlechtern. "Jetzt hat die portugiesische Justiz das Wort", ließ Richter Crespo verlauten und reichte damit den Schwarzen Peter nach Lissabon. Die Regierung Salazar wird nun beweisen müssen, ob sie rechtsstaatlichen Grundsätzen folgt oder nicht.

Ein Kalender...

Kunst bei der Arbeiterwohlfahrt
Gespräch mit der Malerin Gertud Sentke

K.M. - Gertud Sentke, Malerin aus Homburg bei Frankfurt (Jahrgang 1902, Schülerin der Akademie ihrer Heimatstadt Karlsruhe, ehrenvolle Lehraufträge in mehreren deutschen Gegenden; ausgedehnte Reisen in aller Welt), ist die Künstlerin, die die Arbeiterwohlfahrt seit fünfzehn Jahren bei der Zusammenstellung ihrer in weiten Kreisen respektierten und renommierten Kunstkalender berät. Der Kalender für 1967, einer, der seinen Vorgängern weder im Stil noch im Erfolg nachsteht, liegt gedruckt vor. Die Bilder, aus denen die Vorlagen für den Kalender 1968 ausgewählt werden sollen, wurden der Öffentlichkeit in einer Ausstellung vorgeführt, die soeben im Bonner Haus der Arbeiterwohlfahrt - kleiner Festakt mit Lotte Lenke - eröffnet wurde.

Es bot sich bei diesem Anlaß Gelegenheit zu einem Gespräch mit Gertrud Sentke, die auf der Ausstellung mit eigenen Bildern - zwei Insellandschaften in Öl und mehrere Lithos mit südlichen Motiven - vertreten ist.

"Nachdem die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der Arbeiterwohlfahrt so lange anhält, wird Ihnen wahrscheinlich bekannt sein, daß der Kalender..."

"... nicht überall helle Begeisterung ausgelöst hat. Das wollten Sie doch sagen, nicht wahr? Oh, ich weiß. Aber wir sind nun einmal für moderne Kunst und nicht für mittelalterliche. Und moderne Malerei... wie soll ich sagen, es ist nun einmal ihr Merkmal, vielleicht sogar ihre Aufgabe, Diskussionen zu entfachen. Lassen Sie mich auf ein Wort hinweisen, das in unserem diesjährigen Kalender zitiert wird. Es stammt von Georges Braques: 'Ein Maler, der nicht beruhigt, was will der überhaupt?'"

Ein berühmter Name und ein gutes Wort.

"Außerdem darf ich Ihnen sagen, daß die Kritik, die nicht zuletzt aus eigenen Reihen kam, allmählich immer schwächer geworden ist. In den ersten Jahren war sie recht aktiv. In den letzten Jahren hat sie sich beruhigt. Es ist beinahe still geworden."

"Beruhigt, sagen Sie. Haben sich die Leute an die moderne Malerei gewöhnt?"

"Es wäre schade, wenn es nur Gewöhnung wäre. Ich glaube, wir können sagen, daß das Verständnis gewachsen ist. Wir haben, was uns ganz besonders freut, zum Teil recht positive, sogar begeisterte Zustimmung gehört. Und wissen Sie, von wem? Von der Jugend!"